

FRAKTIONSBECHLUSS

» DIE ENERGIEWENDE WEITERDENKEN



Neujahrsklausur, Weimar, 10. Januar 2013

1. DIE ENERGIEWENDE BRAUCHT EINEN POLITIKWECHSEL

Die Energiewende tritt in eine entscheidende Phase ein. Angetrieben durch das rot-grüne Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sind die erneuerbaren Energien schneller vorangekommen als selbst wir es erwartet hatten. Wind, Sonnenenergie und Biomasse, Wasserkraft und Geothermie sichern heute schon fast 25 Prozent der Stromversorgung, rund viermal so viel wie noch vor gut zehn Jahren. Dank des Wachstums der erneuerbaren Energien konnte nach Fukushima die Hälfte der deutschen Atomkraftwerke ohne Probleme für die Versorgungssicherheit stillgelegt werden. Insbesondere in wind- und sonnenreichen Zeiten werden konventionelle Kohle- und Gaskraftwerke immer weniger gebraucht. Wenn die Politik den erneuerbaren Energien keine Steine in den Weg legt, kann sich der Anteil des Ökostroms bis 2020 noch einmal verdoppeln.

Damit stehen wir vor der Aufgabe, die Energiewende auf eine neue Ebene zu heben. Der Ausbau der erneuerbaren Energien, gepaart mit Energieeinsparung und verbesserter Energieeffizienz, bleibt der Motor der Veränderung. Doch mit diesem Ausbau allein ist es nicht mehr getan. Wind- und Sonnenenergie als Säulen der Energieversorgung der Zukunft erfordern eine grundlegende **Neuausrichtung unseres Energiesystems**. Der bestehende Strommarkt ist für die Vergütung von Wind und Sonnenstrom gänzlich ungeeignet und bietet schon heute keine hinreichenden Anreize zur Schaffung benötigter Erzeugungskapazitäten mehr. Er muss durch neue Marktstrukturen ergänzt werden, die Beiträge zu Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Netzstabilität belohnen. Stromnetze, Kraftwerke und Stromnachfrage müssen an die volatile Stromeinspeisung angepasst, neue Speichertechnologien erforscht und eingesetzt werden.

Die Energiewende ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die erhebliche Investitionen in neue Stromerzeugungsanlagen, Netze und Speicher sowie Effizienzmaßnahmen erfordert. Ihr Erfolg hängt maßgeblich von einer **fairen Verteilung von Kosten und Nutzen** auf Wirtschaft und Privathaushalten ab, denn nur so ist die Akzeptanz dauerhaft zu sichern. Die von Schwarz-Gelb verursachte soziale Schieflage der Kosten muss dringend korrigiert, Privilegien der Industrie wieder auf Härtefälle zurückgeführt und einkommensschwache Haushalte unterstützt werden, damit Strom für sie bezahlbar bleibt.

Auch eine bessere Koordinierung der Energiepolitik von Bund und Ländern ist unverzichtbar. Doch muss es dabei um die gemeinsame Umsetzung ehrgeiziger Ziele gehen, nicht, wie von der Bundesregierung betrieben, um die Verlangsamung und Deckelung des Ausbaus der erneuerbaren Energien in den Ländern.

Wir Grüne packen diese Herausforderungen an. Dabei wissen wir, dass die neuen Aufgaben neue Antworten erfordern. Nicht nur das Energiesystem, auch das politische Denken muss flexibler werden. Deshalb wollen wir das EEG weiterentwickeln und neue Marktstrukturen aufbauen, in denen die Erneuerbaren zunehmend ohne Förderung ihren Platz finden. Deshalb lassen wir bei unserer Forderung nach höchsten Effizienzstandards für Gaskraftwerke Ausnahmen zu für Reserveanlagen, die nur wenige Hundert Stunden im Jahr zum Einsatz kommen. Und deshalb akzeptieren wir, dass es sinnvoller sein kann bei heftigem Wind einige Windräder abzuregeln statt die Stromnetze unter hohen Kosten für Extremsituationen aufzurüsten.

Dem Erfolg der Energiewende steht eine zerstrittene Bundesregierung im Weg, deren Politik zwischen Kleinmut, Treibenlassen und gezielter Sabotage der Energiewende hin und her schwankt. Der Ausstieg aus der Atomkraft wurde der Regierung Merkel aufgezwungen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien lief dank EEG ganz ohne ihr Zutun ab. Alles andere ist in über drei Jahren schwarz-gelber Regierungszeit kaum vorangekommen. In zentralen Bereichen hat die Bundesregierung aktiv gebremst und blockiert: Bei der Energieeffizienz und bei den Anhebung der EU-Klimaziele, bei der Gebäudesanierung und bei der Reform des Emissionshandels. Und nun missbrauchen Teile der Koalition auch noch die durch ihre eigene Politik in die Höhe getriebenen Strompreise, um Stimmung gegen den Ausbau der erneuerbaren Energien zu machen. So wird das nichts mit der Energiewende.

Die massive Kampagne gegen das EEG ist Ausdruck eines Machtkampfes um die Zukunft der Energieversorgung. Der dezentrale Ausbau der erneuerbaren Energien bedeutet **Energie in Bürgerhand**. Über eine Million Haushalte erzeugen heute schon einen Teil ihres Stromes selbst, Energiegenossenschaften florieren, immer mehr Stadtwerke nehmen die örtlichen Stromnetze wieder in die eigene Hand. Das Oligopol von RWE, E.ON und Co. bröckelt, Kohlekraftwerke rentieren sich immer weniger. In der aktuellen Preisdebatte sehen manche Vertreter der alten Energiewirtschaft ihre letzte Chance, die Energiewende doch noch auzuhalten. Damit werden sie bei uns auf entschiedenen Widerstand stoßen!

Die Energiewende ist ein zentrales Zukunftsprojekt für unser Land. Sie braucht einen klaren Kompass – wir stellen den Klimaschutz, neben der Sicherheit und der Bezahlbarkeit der Energieversorgung wieder ins Zentrum der Energiepolitik. Von ihrem Gelingen hängt viel ab: Eine sichere und klimaverträgliche Energieversorgung ohne die unbeherrschbaren Risiken der Atomkraft. Bezahlbare Energiepreise trotz weltweit steigender Energienachfrage und schwindender Öl- und Gasvorräte. Die Stärkung innovativer Industrien und hunderttausende Arbeitsplätze allein im Bereich der erneuerbaren Energien. Gelingt die Energiewende in Deutschland, wird sie ein gutes Beispiel für andere Länder sein, konsequent den Weg von Kohle und Atom hin zu erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und Klimaschutz zu gehen. Schon heute kaufen zahlreiche Verbraucher in den Nachbarstaaten den preiswerten Strom aus Deutschland. So erreichte Deutschland im Jahr 2012 mit einem Netto-Export von 23 Milliarden Kilowattstunden einen neuen Rekordwert.

Wir wollen auch andere Länder darin unterstützen, zur weltweiten Energiewende beizutragen. Der Zugang zu bezahlbaren erneuerbaren Energien ist eine unerlässliche Voraussetzung für Wohlstand und den Kampf gegen Energiearmut.

Die Energiewende kann eine weltweit bewunderte Erfolgsgeschichte werden. Doch dazu braucht es einen Wechsel in der Energiepolitik. Wir Grüne stehen dafür mit Leidenschaft, guten Ideen und durchgerechneten Konzepten bereit.

2. DIE NEUE GRUNDLAST: 100 PROZENT ERNEUERBARE ENERGIEN

Die Energieversorgung der Zukunft beruht auf einem breiten Mix verschiedener erneuerbare Energien. Wir wollen den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung bis 2020 verdoppeln. 2030 wollen wir den Komplettumstieg auf 100 Prozent Erneuerbare geschafft haben. Dabei werden **Windkraft und Solarenergie im Mittelpunkt** stehen. Denn sie verbinden ein großes Ausbaupotenzial mit heute schon günstigen Kosten (bei der Windkraft an Land) beziehungsweise erheblichen und zum Teil schon erschlossenen Kostensenkungsspielräumen (bei Fotovoltaik und Offshore-Windenergie). Hingegen sehen wir bei Wasserkraft und Biomasse unter Beachtung von Naturschutz und vorrangigen Nutzungsinteressen nur begrenzte Ausbaumöglichkeiten. Beide sollten primär dazu dienen, die schwankende Stromproduktion aus Wind und Sonne auszugleichen. Um die „Vermaisung“ der Landschaft ein-

zudämmen, wollen wir die Förderung von Strom aus Biomasse an den Einsatz unterschiedlicher Energiepflanzen knüpfen.

Das rot-grüne EEG hat den Ausbau der erneuerbaren Energien zu einem Projekt der Bürgerinnen und Bürger gemacht, nicht der Konzerne. Der Boom der Erneuerbaren wurde zu 90 Prozent von Privatleuten und Stadtwerken getragen. Weniger als zehn Prozent gehen auf RWE, E.ON und Co. zurück, deren Herrschaft über den Strommarkt bröckelt. Und die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger mitzumachen ist ungebrochen: Überall entstehen Bürgerwindparks und Bürgersolaranlagen. Kommunen nehmen die örtlichen Stromnetze wieder in die eigene Hand. Die Zahl der Energiegenossenschaften hat sich in drei Jahren vervierfacht.

Wir Grüne werden diese **Energiewende von unten** auf allen Ebenen weiter unterstützen. Auch deshalb wehren wir uns gegen die Pläne von FDP-Wirtschaftsminister Rösler und CDU-Energiekommissar Oettinger, das EEG durch ein Quotenmodell zu ersetzen, das die erneuerbaren Energien wieder allein den Großkonzernen in die Hand geben würde. Denn ohne Vorrang der erneuerbaren Energien im Netz und ohne langfristig garantierte Einspeisevergütungen wären die Investitionsrisiken für Kleininvestoren zu groß. Die Finanzierung von Bürgergesellschaftsanlagen muss aber auch vor Angriffen von anderer Seite geschützt werden. Deshalb setzen wir uns auch auf europäischer Ebene dafür ein, dass die erfolgreiche Nutzung von Bürgerkapital weiterhin ermöglicht wird.

Wir wollen das **EEG weiterentwickeln**, es für neue Aufgaben fit machen und von unnötigen Kosten befreien und in den erfolgreichen Kernelementen erhalten. Dabei verfolgen wir einen 3-Stufen-Plan: Zunächst wollen wir das EEG von kostentreibenden Sonderregelungen befreien und die Lasten fair zwischen allen Stromverbrauchern aufteilen. Zweitens wollen wir die Stellschrauben im EEG neu justieren, um den Ausbau erneuerbarer Energien kosteneffizient voranzubringen. Schließlich wollen wir den Strommarkt so verändern, dass immer mehr erneuerbare Energien darin auch ohne Förderung ihren Platz finden. Dazu müssen kurzfristig die Bedingungen für die Direktvermarktung von Wind- und Sonnenstrom verbessert und der Regelenergiemarkt für erneuerbare Energien geöffnet werden.

Auf mittlere Sicht brauchen wir ein **neues Strommarktdesign**. Denn an der Strombörse können sich Windräder und Solaranlagen nicht finanzieren. Dort wird der Strompreis durch die Betriebskosten des teuersten laufenden Kraftwerks bestimmt. Bei Wind- und Sonnenenergie, die keine Brennstoffe brauchen, liegen diese Kosten nahe Null. In Zeiten mit viel Wind- oder Sonnenstrom sinken die Börsenpreise daher drastisch – Fotovoltaik und Wind machen sich ihre eigenen Preise kaputt. Deshalb sind alle Versuche, Wind und Sonnenstrom in den bestehenden Strommarkt zu integrieren, letztlich zum Scheitern verurteilt. Für die erneuerbaren Energien braucht es ein neues Marktdesign mit einem anderen Mechanismus der Preisfindung. Klimaschutz, Flexibilität und Versorgungssicherheit sollten über den neuen Markt honoriert werden. Die Diskussion um die Struktur eines solchen neuen Marktdesigns werden wir Grüne weiter vorantreiben, mit dem Ziel, den Strommarkt auf eine neue Grundlage zu stellen.

Bei der **Wärme** verläuft das Wachstum der erneuerbaren Energien weit weniger dynamisch als im Stromsektor. Unser grünes Ziel, den Anteil der Wärme aus erneuerbaren Energien von heute gut zehn Prozent auf 25 Prozent im Jahr 2020 zu steigern, ist deshalb unbestreitbar ambitioniert. Um es zu erreichen, wollen wir die im Erneuerbare-Energien-Wärmegebot verankerte Nutzungspflicht für erneuerbare Energien auf Bestandsgebäude ausweiten und die Förderung von Solarkollektoren und Erdwärme verstetigen. Daneben wollen wir überschüssigen Strom aus der fluktuierenden Windenergie in den Nahwärmenetzen nutzen anstatt Windräder abzuschalten. 100 Prozent erneuerbare Energien sind im Wärmebereich ein Fernziel, das wir für 2040 anstreben.

3. UNTERSTÜTZENDE INFRASTRUKTUR: NETZE, SPEICHER, RESERVEKAPAZITÄTEN

Zentrale Herausforderung des neuen, auf Wind und Sonne basierenden Stromsystems wird die Synchronisation von Erzeugung und Nachfrage sein. Die Stromerzeugung wird nicht mehr nur entsprechend der Nachfrage, sondern je nach Wetter schwanken. Es braucht daher ergänzend zu Wind- und Solarstrom auch ein Backup-System aus Kraftwerken, Lastmanagementsystemen und Speichern, um die Stromnachfrage zu jedem Zeitpunkt decken zu können. Und es braucht einer europäischen Zusammenarbeit, bei der grenzüberschreitend gedacht und gehandelt wird.

Die Energiewende ist auf moderne und leistungsfähige **Stromnetze** angewiesen. Deshalb stehen wir zu einem sinnvollen Netzausbau – auch wenn wir wissen, dass wir damit den Betroffenen vor Ort teilweise erhebliche Belastungen zumuten. Neue Vorhaben müssen sich aber an dem tatsächlichen Bedarf der erneuerbaren Energien und klare Prioritäten ausrichten, nicht am „Wünsch-Dir-Was“ der Netzbetreiber. Bevor neue Trassen geplant werden, müssen zunächst alle Optimierungsmöglichkeiten im bestehenden Netz ausgeschöpft werden. Darüber hinaus müssen die Bürger frühzeitig und umfassend in die Planung von Infrastrukturprojekte einbezogen werden.

Die Netzplanung muss transparent, naturverträglich und unter frühzeitiger und umfassender Beteiligung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger erfolgen. Zur Vermeidung lokaler Konflikte wollen wir Erdverkabelungen erleichtern und ihre Finanzierung über die Netzentgelte ermöglichen.

Um den Aufbau der neuen Hochleistungs-Stromnetze (HGÜ) schnell in Gang zu setzen, streben wir die Gründung einer Bundesnetzgesellschaft an. Auch bei der Anbindung der Offshore-Windparks in der Nord- und Ostsee ist ein verstärktes Engagement des Staates erforderlich, um weitere Verzögerungen zu verhindern. Union und FDP haben beschlossen, die schon entstandenen Schäden durch eine Umlage auf die Stromverbraucher abzuwälzen. Ein Großteil der Industrie wird auch hier wieder von den Belastungen ausgenommen. Das ist ungerecht und wird das Problem nicht lösen. Wir wollen stattdessen, dass der Bund über die KfW für die Belastungen eintritt und im Gegenzug eine Kapitalbeteiligung an dem betroffenen Netzbetreiber verlangt. Damit wollen wir uns auf den Weg zur Gründung einer bundesweiten deutschen Netzgesellschaft machen.

Wie Stromnetze tragen auch **Stromspeicher** dazu bei, die fluktuierende Stromeinspeisung aus Wind und Sonne auszubalancieren. Mit Pumpspeicherkraftwerken werden in Zukunft mit den heute noch nicht wirtschaftlichen Batteriespeichern und Erdgasspeichern verschiedene, auch kombinierbare Technologien zur Wahl stehen. Auf absehbare Zeit wird der Netzausbau aber die deutlich kostengünstigere Alternative bleiben. Trotzdem wollen wir nicht nur die Energiespeicher-Forschung intensivieren, sondern erste Programme zur Markteinführung und Förderung innovativer Speicherprojekte auflegen. Nur so kann sichergestellt werden, dass nach 2020, wenn zunehmend Speicherkapazitäten benötigt werden, tragfähige und bezahlbare technische Lösungen bereit stehen. Dazu gehört, die enormen Speicherpotenziale in Skandinavien, im Alpenraum und anderen Nachbarländern auch für in Deutschland erzeugten Strom zu erschließen und entsprechende Leitungskapazitäten zu realisieren.

Für die fossilen Kraftwerke bringt die Energiewende einen dramatischen Rollenwandel. Jahrzehntlang haben sie die Stromversorgung dominiert. Doch mit dem Wachstum von Wind- und Sonnenstrom konzentriert sich die Rolle des fossilen Kraftwerksparks immer mehr auf die einer **Reservekapazität** für wind- und sonnenarme Zeiten. Das Backup-System muss sich an Kriterien der Flexibilität, Klimaverträglichkeit und Wirtschaftlichkeit messen lassen. Das spricht zum Beispiel für Gaskraftwerke, die von den fossilen Energieträgern die geringsten CO₂-Emissionen und die größte Flexibilität aufweisen, und besonders für hocheffiziente gasbetriebene Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen. Deshalb wollen wir die Kraft-Wärme-Kopplung und insbesondere kleine, dezentrale und intelligent vernetzte Mini-KWK-Anlagen besser fördern, mit einem Ziel von 25 Prozent KWK-Strom 2020. CO₂-intensive und unflexible Kohlekraftwerke sollten hingegen immer weniger zum Einsatz kommen.

Doch der Strommarkt sorgt gegenwärtig für das gegenteilige Ergebnis – einen Verlagerung von Gas zu Kohle, die effiziente Gaskraftwerke stillstehen lässt, während klimaschädliche Kohlekraftwerke weiterlaufen. Flexibilität und Klimaschutz rechnen sich aktuell am Markt nicht. Um diese Fehlsteuerung zu beenden, wollen wir den angeschlagenen europäischen Emissionshandel durch Anhebung des EU-Klimaziels auf 30 Prozent, Emissionsminderung bis 2020, eine Verknappung der CO₂-Rechte und die Einführung eines CO₂-Mindestpreises stärken. Mit einem **Klimaschutzgesetz**, das 95 Prozent Emissionsminderung bis 2050 und sektorenspezifische Ziele für die Energiewirtschaft vorgibt, wollen wir außerdem langfristige Planungssicherheit schaffen: Kohle hat keine Zukunft.

Mittelfristig werden zur Deckung von Lastspitzen auch zusätzliche **Kapazitäten** benötigt werden. Am gegenwärtigen Strommarkt lassen sich diese aber nicht refinanzieren. Im Gegenteil: Weil fossile Kraftwerke als Reserve der erneuerbaren Energien immer seltener am Netz sind, wird ihr Betrieb immer unrentabler. Deshalb wollen wir über ein neues System von Kapazitätsmärkten Anreize zur Schaffung der benötigten Kapazitäten setzen. Wir streben dabei einen fairen Wettbewerb unter dem Vorrang regelbarer erneuerbarer Energien, Gaskraftwerken, Speichern und Lastmanagementsystemen an. Wo Stromerzeugungskapazitäten absehbar fehlen, sollen diese regional ausgeschrieben und – unter Wahrung hoher Anforderungen an Effizienz, Klimaschutz, Flexibilität und Verfügbarkeit – an den preisgünstigsten Anbieter vergeben werden. Die grün-rote Landesregierung von Baden-Württemberg hat hierzu wichtige Vorarbeiten geleistet. Einige Fragen bleiben zu klären. Gerade deshalb ist es wichtig, das Problem energisch anzugehen, und die Hände nicht in den Schoß zu legen, wie es die Bundesregierung tut.

4. MIT EFFIZIENZ GEHT ALLES LEICHTER

In kaum einem anderen Bereich ist das Missverhältnis zwischen Worten und Taten in der Politik größer als beim Thema Energieeinsparung. Das gilt besonders für die amtierende Bundesregierung. Sie hat die Energieeffizienz zum Schlüssel der Energiewende erklärt, und dann die europäische Energieeffizienz-Richtlinie verwässert und ein inhaltsfreies Effizienzgesetz verabschiedet. Sie hat ein nationales Einsparziel von 20 Prozent Primärenergie bis 2020 beschlossen und dann die Verabschiedung des gleichen Ziels in der EU hintertrieben. Und von den 70 Millionen Euro des mickrigen Energieeffizienzfonds der Bundesregierung wurden 2011 und 2012 gerade mal vier Prozent tatsächlich eingesetzt.

Dabei sind Energieeinsparungen ein entscheidender Schlüssel für das Gelingen der Energiewende. Sie senken den Bedarf an erneuerbaren Energien-Anlagen, Kraftwerkskapazitäten, Netzen und Speichern, vermindern CO₂-Emissionen, Energiekosten und die Importabhängigkeit unserer Volkswirtschaft. Und eine gesparte Kilowattstunde Energie ist meist auch die Günstigste.

Wir Grüne wollen endlich ernst machen mit Energiesparen und Energieeffizienz. Wir wollen einen drei Milliarden Euro-**Energiesparfonds** einrichten, um Kommunen bei der energetischen Sanierung von Wohnquartieren mit hohem Anteil einkommensschwacher Haushalte und der energetische Sanierung öffentlicher Gebäude zu helfen sowie Verbraucher und Unternehmen beim Stromsparen zu unterstützen. Wir wollen nach den Vorgaben der neuen EU-**Energieeffizienzrichtlinie** Energieversorger verpflichten, durch Effizienzmaßnahmen bei ihren Kundinnen Energie und Kosten einzusparen. So wollen wir einen neuen, dynamischen Markt für Energiedienstleistungen schaffen. Begleitend werden wir die Anforderungen der Energieeinsparverordnung für Neubau- und Bestandsgebäude anheben und, das Gebäudesanierungsprogramm der KfW deutlich aufstocken. Damit wollen wir die Rate der sanierten Gebäude von derzeit unter einem Prozent auf drei Prozent im Jahr anheben.

Dabei wissen wir, dass sich Effizienzgewinne bei weitem nicht eins zu eins in niedrigerem Energieverbrauch niederschlagen. Ein vermehrter Energieverbrauch an anderer Stelle, der durch eingesparte

Energiekosten erleichtert wird, frisst einen Teil der Energieeinsparung wieder auf. Doch dieser sogenannte Rebound-Effekt muss der Politik ein Antrieb zu größeren Anstrengungen sein, kein Vorwand zum Nichtstun. Klar ist vor allem eins: Die Energiewende erfordert einen systematischen Ansatz, kein zersplittertes Klein-Klein.

5. BEZAHLBARE ENERGIE DURCH FAIRE PREISE

Die Versorgung mit Energie muss für alle bezahlbar bleiben. Steigende Preise für fossile Brennstoffe treiben seit langer Zeit die Energiepreise in die Höhe. Ein Umstieg auf erneuerbare Energien und Energieeffizienz ist der einzige Weg, dies dauerhaft zu ändern. Die dafür erforderlichen Milliardeninvestitionen im Stromsektor werden sich vornehmlich über den Strommarkt, das heißt letztlich über die Stromverbraucherinnen und Stromverbraucher, refinanzieren müssen. Deshalb wird auch die Energiewende zunächst mit spürbar höheren Strompreisen einhergehen. Mittel- und langfristig kommt der rasche Umstieg auf Erneuerbare aber wesentlich günstiger als eine anhaltende Abhängigkeit von endlichen fossilen Energieträgern. Die Energiewende ist bezahlbar, wenn Kosten und Nutzen fair verteilt und Mitnahmeeffekte eingedämmt werden. Davon kann aktuell jedoch keine Rede sein.

Schwarz-Gelb befreit immer mehr Großunternehmen von der EEG-Umlage und den Netzentgelten und treibt so die Energiekosten für Privatkunden sowie kleine und mittlere Unternehmen in die Höhe. Die zunehmende soziale Schieflage untergräbt die bislang hohe Akzeptanz für die Energiewende. Dies gilt umso mehr, da Großunternehmen zusätzlich bei der Stromsteuer sowie durch die, auch wegen des wachsenden Ökostromangebots, sinkenden Stromhandelspreise profitieren. Wir wollen die Industrie-Privilegien bei der EEG-Umlage sowie den Netzentgelten zurückführen und den Kreis begünstigter Unternehmen wieder auf Härtefälle begrenzen. Außerdem sollen begünstigte Unternehmen mit 0,5 statt bisher 0,05 ct/kWh an der EEG-Umlage beteiligt werden. Ineffiziente Regelungen im EEG wie die Marktprämie wollen wir abschaffen und die Vergütungssätze für erneuerbare Energien regelmäßig an die sinkenden Erzeugungskosten anpassen, um Überförderung zu vermeiden. Auf diese Weise können wir Privathaushalte und Mittelstand kurzfristig um 4 Milliarden Euro im Jahr oder rund 1 Cent/kWh Strom entlasten.

Unser Ziel sind faire Energiepreise: Preise, die die Wahrheit sagen über die wirtschaftlichen und ökologischen Kosten der Energieversorgung, aber nicht künstlich verteuert werden durch Preistreiberei oder Monopolgewinne. Dazu gehört, dass die strompreissenkenden Effekte der erneuerbaren Energien endlich auch an Privathaushalte weitergegeben werden müssen. Für faire Gaspreise braucht es mehr Wettbewerb auf dem Gasmarkt und eine weitere Lockerung der Ölpreisbindung.

Effizienz und Einsparung sind die beste Vorsorge, um die Energieversorgung dauerhaft für alle bezahlbar zu machen. Unsere grüne Energiesparpolitik verbindet daher Klimaschutz und Innovation mit dem Erreichen sozialer Ziele. Wir wollen gezielt einkommensschwache Haushalte dabei unterstützen, sich energiesparende Geräte anzuschaffen und als Mieter von energetisch sanierten Häusern zu profitieren. Mieten müssen bezahlbar bleiben, dazu sehen wir Mietrechtsänderungen vor. Die Mieterhöhung nach Modernisierung etwa senken wir von elf auf neun Prozent jährlich und begrenzen sie auf die Zukunftsaufgaben energetische Modernisierung und altersgerechten Umbau. Über verstärkte Fördermittel und Beratung hinaus wollen wir zusätzlich die Stromversorgungsunternehmen verpflichten, einen „Stromspar-Tarif“ anzubieten, der Stromsparen durch einen progressiven Tarifverlauf und entfallende Grundgebühr belohnt.

6. ENERGIEFORSCHUNG NEU AUSRICHTEN

Nicht für alle Herausforderungen, die eine auf Wind- und Sonnenenergie basierende Energieversorgung stellt, gibt es heute schon gute Antworten. Umso wichtiger ist eine Neuausrichtung der Energieforschung. Doch davon ist bei der Bundesregierung wenig zu sehen: Mit nur 0,18 Prozent des Bruttoinlandsprodukts fallen die deutschen Ausgaben für die Energieforschung im internationalen Vergleich bescheiden aus. Und noch immer wird ein Großteil der Forschungsmittel in nicht zukunftsfähige Energiequellen investiert. Teure und nutzlose Projekte wie die Kernfusion verschlingen Gelder, die in anderen Bereichen sinnvoller verwendet werden könnten. Wir wollen uns daher aus der direkten staatlichen Förderung jeglicher Nuklearforschung, Kernspaltung und Kernfusion zurückziehen, die über Sicherheitsaspekte und Endlagerfragen hinausgeht. Die dadurch frei werdenden Mittel von über 500 Millionen Euro sollen vollständig in ein neu aufzulegendes nationales Energieforschungsprogramm umgelenkt und in grüne Energieforschung investiert werden.

7. ENERGIEWENDE EUROPÄISCH DENKEN

Manche Aufgaben der Energiewende lassen sich am besten europäisch lösen. Deshalb wollen wir zum Beispiel Grenzkuppelstellen erweitern und das europäische Stromnetz ausbauen, gemeinsam mit den skandinavischen und Alpen-Ländern nachhaltige Speicherpotenziale für ganz Europa erschließen, den europäischen Emissionshandel revitalisieren und in der EU ehrgeizige Ziele für erneuerbare Energien und Klimaschutz für die Zeit nach 2020 verankern.

Einer vollständigen Europäisierung der Energiewende stehen noch die grundlegenden Unterschiede der nationalen Energiekonzepte der Mitgliedsstaaten entgegen. Allen Versuchen über eine Veränderung der EU-Richtlinie über die erneuerbaren Energien die Abschaffung des EEG und die Einführung eines untauglichen Quotensystems durchzusetzen werden wir entschieden entgegentreten. Wir wollen an dem Ziel einer europäischen Union der erneuerbaren Energien weiterarbeiten und suchen dazu verstärkt die europäische Zusammenarbeit, insbesondere auch mit anderen Vorreiterländern. Außerdem wollen wir eine Anti-Atom-Allianz aus EU-Staaten, welche die Atomkraft nicht nutzen oder den Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie beschlossen haben, um einen europaweiten Atomausstieg voranzubringen.

8. DAS GRÜNE SOFORTPROGRAMM FÜR DIE ENERGIEWENDE

- (1) Wir **verdoppeln den Anteil der erneuerbaren Energien** an der Strom- und Wärmeversorgung bis 2020. Statt den Ausbau der Erneuerbaren zu bremsen schaffen wir verlässliche Rahmenbedingungen durch die Weiterentwicklung des EEG und des Wärmegesetzes und eine bessere Bund-Länder-Koordination.
- (2) Wir **gründen eine Bundesnetzgesellschaft**, damit der Bau von Hochleistungsstrassen und der Anschluss der Offshore-Windparks nicht an Problemen privater Netzgesellschaften scheitern. Durch eine an den erneuerbaren Energien orientierte, naturverträgliche Netzplanung, vermehrte Erdverkabelung und frühzeitige Bürgerbeteiligung schaffen wir Akzeptanz für den notwendigen Netzausbau.
- (3) Wir **richten Kapazitätsmärkte ein**, um in einem Wettbewerb von regelbaren erneuerbaren Energien, Gaskraftwerken, Energiespeichern und Lastmanagement mittelfristig benötigte Reservekapazitäten sicherzustellen. Durch Verbesserungen im KWK-Gesetz steigern wir die hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplung auf 25 Prozent im Jahr 2020.

- (4) Wir **erarbeiten ein neues Strommarktdesign**, das Klimaschutz, Flexibilität, Versorgungssicherheit belohnt. Für erneuerbare Energien eröffnen wir neue Vermarktungschancen außerhalb des EEG.
- (5) Wir **starten eine Energiesparoffensive** mit einem drei Milliarden Euro-Sparfonds für einkommensschwache Haushalte, Kommunen und kleine Unternehmen, Energiespar-verpflichtungen für Energieversorger und neuen Effizienzstandards für Kraftwerke. Wir passen das Mietrecht an die Zukunftsaufgaben an, damit Mieten und energetische Sanierungen bezahlbar bleiben.
- (6) Wir **stärken den Klimaschutz**, indem wir eine internationale Allianz für den Klimaschutz schmieden, den europäischen Emissionshandel stabilisieren, die EU-Klimaziele anheben und ein nationales Klimaschutzgesetz verabschieden, das langfristige Planungssicherheit für die Energiewende schafft.
- (7) Wir **sorgen für faire Energiepreise** und eine gerechte Finanzierung der Energiewende. Durch die Rückführungen von Industrie-Privilegien auf Härtefälle entlasten wir Privathaushalte und Mittelstand um vier Milliarden Euro im Jahr.
- (8) Wir gestalten die Energiewende mit den Bürgern durch verbesserte Bürgerbeteiligung bei Netzausbau und Projektplanungen sowie durch Beteiligung der Bürger am Ausbau der erneuerbaren Energien zum Beispiel durch Genossenschaften.
- (9) Wir **richten die Energieforschung neu aus** und stecken 500 Millionen Euro zusätzlich in die Erforschung von Speicher-, Netz- und erneuerbare Energien-Technologien.